

Antrag der Fraktion der CDU**Wahlversprechen wahr machen – Einstiegsamt für Justizvollzugsdienst auf A 8 erhöhen**

Im Rahmen der Beantwortung von Wahlprüfsteinen versprechen Parteien vieles, um die Wähler davon zu überzeugen, dass sie die richtige „Wahl“ sind. Um verlässliche und glaubwürdige Politik zu machen, sollten die Parteien, die dann regieren, ihre Versprechen nach der Wahl auch einhalten. Zumindest müssen sie sich an diesen Versprechen aber messen lassen.

Der Justizpersonalrat Bremen wollte im Januar 2019 im Vorfeld der Bremer Bürgerschaftswahl wissen, wie sich die einzelnen Parteien zu der Frage positionieren, dass das Einstiegsamt für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Justizvollzugsdienstes auf die Besoldungsgruppe A 8 zu erhöhen ist. Alle drei Regierungsparteien haben sich für eine Erhöhung des Einstiegsamtes ausgesprochen und diese für die kommende Legislaturperiode zugesagt. In dem Koalitionsvertrag von rot-grün-rot vom 1. Juli 2019 ist von diesem Versprechen jedoch nur noch ein Prüfauftrag übriggeblieben: „Wir werden prüfen, das Eingangsamtsamt im Allgemeinen Vollzugsdienst auf die Besoldungsstufe A 8 anzuheben“ (Seite 120; Zeile 5190 f.). Gerade vor dem Hintergrund der gestiegenen Herausforderungen im Justizvollzug, halten wir eine angemessene Besoldung unabdingbar, auch um die Gewinnung qualifizierten Nachwuchses zu sichern und die Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hoch zu halten. Die tägliche Gefahr im Arbeitsalltag muss ebenfalls angemessen honoriert werden. Ob die hohen Belegungszahlen in der Justizvollzugsanstalt, die starke Zunahme ausländischer Gefangener, Gefangene mit islamistischem Hintergrund oder auch immer mehr Gefangene mit psychischen Auffälligkeiten; das alles führt zu einer anspruchsvolleren Tätigkeit im Justizvollzugsdienst. Zudem würden sich die Kosten für die Erhöhung auf 150 000 Euro pro Jahr belaufen.

Um den Justizvollzugsbediensteten ihren Anspruch aus den Wahlversprechen der Koalitionsparteien zu verschaffen, fordern wir diese Anpassung nun im Rahmen der Haushaltberatungen zu berücksichtigen und umzusetzen.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, im Rahmen der Haushaltsaufstellung für den Doppelhaushalt 2020/21 im Eckwert Beschluss die Erhöhung des Einstiegsamtes auf A 8 für Justizvollzugsbeamtinnen und Justizvollzugsbeamte zu berücksichtigen.

Dr. Oguzhan Yazici, Thomas Röwekamp
und Fraktion der CDU